

Literaturbericht

Fremde Autoren:

1. Max Wingen, Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3 - 4/2000 vom 21. Januar 2000: "Das mit dem Namen von Hans Ludwig verbundene Modell, das seinen Ausgang von der Beschäftigungspolitik nimmt, zielt u. a. auf eine bezahlte Freistellung für Erziehung (und Pflege): nach dem Stand von Mitte der neunziger Jahre wird für eine Person im erwerbsfähigen Alter, die mindestens ein Kind unter 16 Jahren zu versorgen hat und nicht gleichzeitig außerhäuslich erwerbstätig ist, ein monatliches Bruttoeinkommen von 4000 DM gefordert; die betreffende Person muss nicht ein Elternteil, sondern kann auch eine familienfremde Person sein, so dass die Eltern sich entscheiden können, gleichzeitig eine außerhäusliche Erwerbstätigkeit auszuüben; mit dieser bezahlten Freistellung für Erziehung soll eine eigene soziale Absicherung verbunden sein; für die Finanzierung wird über Akzelerator- und Multiplikator-Effekte und einige weitere gesamtwirtschaftliche Annahmen unterstellt, dass sich das Projekt letztlich selbst finanziert.".."Aber auch Erwartungen, die an Finanzierungsmöglichkeiten über expansive wirtschaftliche Effekte (mit Stärkung der Binnennachfrage und erhöhten Staatseinnahmen in der Folge) geknüpft werden, bedürfen zumindest noch weiterer makroökonomischer Untersuchungen."

2. Prof. Dr. Dr. h.c. Bert Rürup, TU Darmstadt in einem Brief an Prof. Dr. Heiner Ludwig, nachdem er gebeten worden war, die makroökonomische Simulation durchzuführen:

Sehr geehrter Herr Kollege, lieber Herr Ludwig, wir haben uns Ihr "Weidener Modell" sorgfältig angesehen und sind zum Ergebnis gekommen, dass man dieses Modell zwar "rechnen" kann, wir aber von der Konzeption her große Schwierigkeiten mit diesem Modell haben.

In einer alternden Gesellschaft wie der unseren steigt zwangsläufig der intergenerative Umverteilungsbedarf zugunsten des wachsenden Teils der Älteren. Befriedigen kann man diesen Umverteilungsbedarf am ehesten bei einem hohen beschäftigungsintensiven Wirtschaftswachstum. Reduziert werden kann dieser Umverteilungsbedarf aber, wenn es gelingt, die Erwerbstätigkeit zu erhöhen und auf diese Weise Transfereinkommen durch Erwerbseinkommen zu ersetzen. Dieses Modell geht aber genau den umgekehrten Weg, es werden zusätzliche Transfereinkommen erzeugt und eben keine Anreize auch und gerade für Frauen in Richtung einer höheren Erwerbsbeteiligung gesetzt bzw. dahingehend, die Berufstätigkeit und den Kinderwunsch zu vereinbaren. Das Oberhauser'sche Schuldenparadoxon bringe ich auch regelmäßig in meinen Vorlesungen, aber um zu zeigen, dass es in der Realität aus verschiedenen Gründen die beschriebene Autokonsolidierung eben nicht gibt. Da wir sowohl die theoretischen Grundlagen als auch die politischen Implikation - Entschuldigung - für fragwürdig halten, möchten meine Mitarbeiter und ich von einer fiskalischen Durchrechnung dieses Modells Abstand nehmen.

Ungeachtet dieses "Korbes" hoffe ich auf eine Intensivierung unserer Zusammenarbeit und verbleibe einstweilen mit guten Grüßen als Ihr gez. Bert Rürup.

3. Prof. Heiner Ludwig im Antwortschreiben an Prof. Dr. Rürup am 27.02.2001

Lieber Herr Rürup,

das "Weidener Modell" lebt in der Tat natürlich vom Schuldenparadoxon; wenn das zuträfe, wäre es auch ein Wachstums- und kein bloßes Umverteilungsmodell und es blieben dann "nur" die politischen Implikationen, die von den Initiatoren gesehen, aber für bewältigbar gehalten wurden. Entstanden ist es als Ergebnis einer Debatte, die Arbeitslosigkeit mit Wachstums- und nicht mit Verteilungsmodellen zu diskutieren und politisch anzugehen. Die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit

und Familienarbeit (gleichzeitig, nacheinander und hier besonders Familienarbeit als Erwerbsarbeit) war dabei gleichwertiges leitendes Motiv.

Die wirtschaftswissenschaftliche Einschätzung wurde von Herrn Oberhauser dominiert und hat mich zunächst fasziniert. Aber ich kann das nicht beurteilen und ich gebe Ihre kategorische Ablehnung weiter. Vielleicht wäre ein Gespräch darüber zwischen Ihnen und den Hauptinitiatoren möglich und hilfreich.

Ich stimme mit Ihnen überein, dass dadurch eine Intensivierung unserer Zusammenarbeit nicht gefährdet sein sollte. Familienpolitik ist unabhängig davon ein wichtiges Thema und für einen Dialog zwischen Wirtschaftswissenschaft und Sozialethik von besonderem Reiz...mit guten Wünschen und herzlichen Grüßen, Ihr Heiner Ludwig.

4. ZdK Der Generalsekretär, am 16. Juli 2002

Lieber Hans, herzlich danke ich Dir für die Übersendung Deines Buches "Vollbeschäftigung ist möglich!" Ich bewundere, wie konsequent die Verantwortlichen für dieses Projekt - nicht zuletzt Elisabeth Jünemann und Du -, sich der Aufgabe des Sozialwortes der Kirchen stellen, den Abbau der Arbeitslosigkeit als vordringlichste Aufgabe der Wirtschafts- und Sozialpolitik wirklich anzupacken. Diesem sozial- und gesellschaftspolitisch drängenden Problem werden wir nur gerecht, wenn wir tatsächlich Denkbarrieren in unseren eigenen Köpfen überspringen und auch unkonventionelle Ideen auf ihre Tragfähigkeit hin gründlich prüfen. In diesem Sinne verstehe ich die makroökonomische Simulation der Wirkungen eines zusätzlichen Erziehungseinkommens, wie sie durch das Gutachten geleistet wird, das im Auftrag de Oswald-von-Nell-Breuning-Hauses und der Katholischen Erwachsenenbildung (KEB) im Kreis Saarlouis durchgeführt wurde.

Die Wirtschaftsgeschichte der letzten 150 Jahre zeigt, dass Wachstum und Wohlstand entscheidend auch dadurch befördert werden konnten, dass immer neue Lebensbereiche in das System der monetären Wirtschaft hineingenommen wurden. Als zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Pflege kranker und älterer Menschen nach und nach professionalisiert wurde, als für Pflegeberufe Ausbildungswege und Entlohnungen entwickelt und reguliert wurden, gelangt damit nicht nur die Integration von immer mehr Frauen in den Arbeitsmarkt, sondern diese Entwicklung trug auch zur Ausdehnung des Sozialproduktes bei. Die Ideen des Weidener Modells folgen der Philosophie und Einsicht dieser Entwicklung und versuchen die Erfolgsgeschichte auch auf einen Bereich zu übertragen, der nach dem Empfinden des deutschen Durchschnittsbürgers vor einer "Monetarisierung und Ökonomisierung" wohl eigentlich geschützt sein sollte. Auch wenn wir uns vorstellen können, dass Kinder in außerhäuslichen Betreuungseinrichtungen von bezahlten Erzieherinnen betreut und begleitet werden, so tun wir uns doch schwer, es für richtig zu halten, dass Eltern für dieselbe Arbeit Geld bekommen sollen. Der private Bereich der Familie erscheint vielen als letzter Widerstandsbereich gegen die dominierenden Marktkräfte, dies umso mehr, als aktuell Globalisierungssängste die Sorge vor der Allmacht des Geldes und der Käuflichkeit aller Lebensbeziehungen neu schüren.

In dieser Spannung zwischen dem Erfahrungstransfer auf einen gesellschaftlich sehr wichtigen Bereich und den spürbaren Vorbehalten in den Herzen und Köpfen vieler Menschen geht die Studie einen sehr behutsamen aber zielorientierten Weg. Dies wird mir nicht zuletzt deutlich im Kapitel 4, wo nun auch der Frage nach den geschlechtsspezifischen Auswirkungen Aufmerksamkeit geschenkt wird, nachdem gegen Vorläuferüberlegungen des Weidener Modells gerade von Frauenseite wiederholt Kritik vorgetragen wurde.

Ich bin gespannt zu sehen, wie sich die Ideen und Fakten, aus "Vollbeschäftigung ist möglich!" in der gesellschaftlichen Diskussion etablieren können, und ob sie dem Ziel, den Skandal der

Arbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen und den Menschen eine Balance zwischen Leben und Arbeiten zwischen Familie und Beruf zu ermöglichen, wirksam dienen können. Denn gerade dies geben die allermeisten Menschen als vorrangigen Lebenswunsch in vielen Umfragen immer wieder neu an.

Das ZdK hat sich in diesen Monaten ebenfalls der Frage zugewandt, welche Rahmenbedingungen Familien brauchen, damit ihre Lebenspläne gelingen können. Wir haben dabei den ökonomischen Rahmenbedingungen vielleicht weniger Aufmerksamkeit geschenkt, als dies durch den Ansatz Eurer Studie nahegelegt wird. Wir haben aber doch sehr deutlich formuliert, wo gesellschaftliche, wirtschaftliche und rechtliche Voraussetzungen ineinander greifen müssen, damit Familien verlässlich jene Voraussetzungen vorfinden, die sie dringend brauchen.

Ich lege Euch ein Exemplar unserer Erklärung bei. Mit herzlichen Grüßen Dr. Stefan Vesper

5. Dr. Jürgen Borchert (Richter am Hessischen Landessozialgericht, vorübergehend in der Hessischen Staatskanzlei mit der Ausarbeitung der Konzeption "Muß die Familienpolitik neue Wege gehen?" Der Wiesbadener Entwurf für die Landesregierung, beauftragt.

Zunächst in einem Briefwechsel mit Josef Hofmeister und Hans Ludwig grundsätzlich gegen die Vorstellung, Familienarbeit zu bezahlen, mit Berufung auf einen Briefwechsel zwischen Oswald von Nell-Breuning und der DHG. Letzterer ließ sich dann weder bei der Deutschen Hausfrauengewerkschaft, noch beim Nell-Breuning-Institut in Frankfurt noch bei Borchert selbst verifizieren. Im Vorwort zur Dissertation von Dr. Borchert verweist Nell-Breuning vielmehr selbst auf die Unterschiedlichkeit in der Begründung, während Borchert eher "sozialethisch" argumentiere, ziehe er, Nell-Breuning es vor, eher ökonomisch zu argumentieren, und da sei halt Erziehung mit Aufwand verbunden, und der müsse bezahlt werden.

In der endgültigen Fassung des Wiesbadener Entwurfs nimmt Borchert dann den Beitrag von Hans Ludwig in der Festschrift zur KEB in die Bibliografie auf und relativiert seine grundsätzlich ablehnende Stellungnahme im Text: "Seit einiger Zeit werden in der familienpolitischen Diskussion Konzepte einer Honorierung der Erziehungsleistung erörtert. Mit der Kindererziehung vollbrächten Eltern nicht hoch genug zu veranschlagende Investitionsleistungen in das Humanvermögen der Gesellschaft und es sei nicht einzusehen, dass KindergärtnerInnen und GrundschullehrerInnen gut bezahlt würden, nur die eigenen Eltern nicht. Zudem beruft man sich auf den "Familienbeschluss" des Bundesverfassungsgerichts vom 10.11.1998, demzufolge der Staat die Aufgabe habe, "die Kinderbetreuung in der jeweils von den Eltern gewählten Form in ihren tatsächlichen Voraussetzungen zu ermöglichen und zu fördern". Darüber hinaus wird ein Erziehungsgehalt unter Ausnutzung des sog. "Schuldenparadoxons" explizit zur Erschließung der ökonomischen Ressourcen der Volkswirtschaft, welche in der Massenarbeitslosigkeit liegen, vorgeschlagen."

In der Auseinandersetzung mit dem CDU-Modell eines Erziehungsgeldes formuliert er zunächst seinen grundsätzlichen Einwand:

"4. Daß die Idee eines Erziehungsgehalts im Übrigen ein beträchtliches Zerstörungspotential für den Teil der Welt hat, den Familie definiert, beweist das von manchen Befürwortern angeführte Honorierungsargument, dass es nämlich - ungerecht oder nicht - nachzuvollziehen sei, dass Grundschullehrerinnen und Kindergärtnerinnen für ihre Arbeit entlohnt würden, nur die eigenen Eltern nicht. Dabei wird nämlich das Wesentliche der Familie vollkommen aus den Augen verloren. Ihre wechselseitige Einstandspflicht in allen Lebenslagen. Lehrerinnen und Kinderpflegerinnen erwerben gegen die Kinder keine unmittelbaren genuinen und originären Unterhaltsansprüche. Genau darin, in dieser vollkommen unmarktlichen Bedingungslosigkeit, liegen aber Ursprung und Ziel von Familie. Wenn dieser Bereich kommerzialisiert wird, die Abstraktion des Geldwesens auch in

diese letzte Gegenwelt eindringt, dann wird das Leben für die Kinder nicht nur schon von Kindesbeinen an wegen eines grenzenlosen Individualismus unerträglich, sondern dann scheitern Familie und Staat gemeinsam.

5. Soweit die Modelle mit der Notwendigkeit der Honorierung "Entlohnung" der Kindererziehung als Investition in das Humanvermögen begründet werden, vermag das nicht zu überzeugen. Selbstverständlich erbringt, wer Kinder erzieht, eine gewaltige ökonomische Leistung, denn er investiert in das Humanvermögen. Ökonomisch lässt sich aus dieser Tatsache aber gerade kein Anspruch auf ein Erziehungsgehalt ableiten. Denn ökonomisch ist Investieren immer Sparen und das bedeutet "Zukunftspräferenz": Für zukünftige Erträge heute Konsumverzicht leisten. Das ist auch sinnvoll. Denn wer nicht bereit ist, sich für Kinder einzuschränken, sollte besser keine haben.

Auch das Schlagwort vom "Lohn für Leistung" trifft den Sachverhalt nicht. Die professionellen KindergärtnerInnen und LehrerInnen verzichten ja gerade nicht auf Gegenwartsverbrauch und zweitens erbringen Eltern auch keine Dienstleistungen für den Markt, denn ihr Produkt ist nicht tauschbar. - und das ist gut so, denn sonst müssten wir womöglich darüber nachdenken, ob wir die Humanprodukte anderswo auf dem Weltmarkt billiger einkaufen könnten, wo sie wegen Überproduktion zu Dumpingpreisen angeboten werden..."

"Soweit die Überlegungen zur Finanzierung der Erziehungsarbeit schließlich auf die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit und die Nutzung dieser volkswirtschaftlichen Ressourcen abzielen, ist das zwar ein zu begrüßender Ansatz, für welchen aber die zuvor erörterten Bedenken ebenfalls gelten. Des weiteren stellt sich noch die Frage nach der Wirksamkeit des Schuldenparadoxons in Zeiten wirtschaftlicher Erholung oder gar einer Überhitzung; wenn Kindererziehung je nach Konjunkturlage honoriert würde, wären die Rahmenbedingungen der Kindererziehung jedenfalls nicht ausreichend stabil." (S 79)

6. Christa Schnabl, Wien, in "Fürsorgearbeit - Sozialethische Überlegungen zu einem offenen Problem moderner Gesellschaften." Diese Ausführungen stehen im Zusammenhang ihres umfassenderen Forschungsprojektes unter dem Arbeitstitel "Fürsorge und Politik", welches durch den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) unterstützt wird. Ihr Aufsatz erschien in "Studien zur Christlichen Gesellschaftsethik", Bd ?, Zwei-Verdiener-Familien, Lit Münster 19...

"...Eine neue Form der Kombination modifiziert den klassischen Typ der Bezahlung und knüpft an der vermehrt diskutierten Forderung nach Geld für "Familienarbeit" an. Im Unterschied zur klassischen Version wird hier aber in der Regel nicht von einer Wahl zwischen Erwerbstätigkeit oder Fürsorgearbeit ausgegangen, sondern auch den Möglichkeiten der Vermittlung beider Arbeitsfelder Rechnung getragen.

...Von diesen überwiegend betreuungsbezogenen Leistungen sind die klassischen Familien- oder Erziehungsgeldvarianten zu unterscheiden. Zwei verschiedene Versionen seien kurz beschrieben. Zunächst haben Christian Leipert und Michael Opielka in ihrer Studie "Erziehungsgeld 2000. Ein Weg zur Aufwertung der Erziehungsarbeit" ein Konzept für die monetäre Anerkennung häuslicher Kindererziehung vorgelegt. Demnach soll Erziehungspersonen in der Familie (sie sprechen in der Regel von Müttern) ein steuer- und abgabenpflichtiges Erziehungsgehalt gezahlt werden, welches sich in Höhe und Ausgestaltung für Kinder unter sieben Jahren unterscheidet. Dabei werden sowohl erwerbszeitunabhängige und erwerbszeitabhängige Varianten ventiliert. An diesem Modell wird u. a. kritisiert, dass es keine gezielte Ermutigung für Väter enthält, sich stärker an den Betreuungsarbeiten zu beteiligen.

Einen vor allem beschäftigungspolitischen Ausgangspunkt wählen Vertreter des sog. Weidener Modells, welches von der Katholischen Arbeitnehmerbewegung Deutschlands entwickelt worden ist. Das Ziel besteht in der Errichtung von Arbeitsplätzen in privaten Familienhaushalten. Entgegen der vielfach beobachtbaren Tendenz, das Ende der Vollbeschäftigung hinzunehmen, werden hier Maßnahmen zur strukturellen und institutionellen Absicherung der Vollbeschäftigung auf volkswirtschaftlicher Ebene vorgeschlagen. Es geht darum, den Bereich der personennahen Dienstleistungen als Wachstumsfeld für bezahlte Arbeit zu erschließen. Demnach wird jedem Familienhaushalt mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren angeboten, einen bezahlten Arbeitsplatz einzurichten und zu bezahlen. Die Höhe der Bezahlung richtet sich nach dem durchschnittlichen Einkommen vergleichbarer Tätigkeiten im Erziehungsbereich bzw. nach dem durchschnittlichen Arbeitnehmer-Bruttogehalt und würde in der 2002 veröffentlichten Modellrechnung etwa 3.800 DM monatlich betragen. Dabei muss die Person, die dieses Gehalt in Anspruch nimmt, nicht zugleich ein Elternteil sein. Es könnte auch eine familienfremde Person angestellt werden. Außerdem sind verschiedene Kombinationsvarianten denkbar, die sich an der Richtlinie zu orientieren hätten, dass eine Person, die diese Form des Erziehungseinkommens in Anspruch nimmt, insgesamt nicht mehr als einen Vollzeit Arbeitsplatz besetzen darf. Mit diesem Modell wird schließlich auch die Überwindung der geschlechtsspezifischen Zuordnung von unbezahlter Fürsorgearbeit einseitig auf die Frauen und bezahlter außerhäuslicher Erwerbsarbeit auf die Männer angestrebt. Dieses Modell zielt auf Erwerbsarbeit für alle durch Einrichtung von bezahlten Fürsorgedienstleistungsstellen in Familien.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Mischformen, die von einer Bezahlung privater Fürsorgetätigkeiten ausgehen, den Hebel zur Aufwertung bei der Anerkennung ansetzen. Die Änderung der Verteilungsfrage wird als gewünschter Effekt zwar meist befürwortet, aber in der Regel als nachrangig angesehen.

Aus der Schlussreflexion:

Eines der wichtigsten Kriterien zur Beurteilung der zur Debatte stehenden Maßnahmen bildet zweifellos die Konzeption der Vereinbarkeitsfrage. Die eine Möglichkeit, Vereinbarkeit als Problem der familiären Einheit unter dem Aspekt der Aufteilung der Tätigkeiten zwischen Mann und Frau zu begreifen, erweist sich immer mehr als Bumerang, da einseitige Zuweisungen u. a. seitens der Frauen verweigert werden. Die Vereinbarkeitsfrage ist spezifischer als ein Problem für jedes Individuum, ob Mann oder Frau (Vater oder Mutter) zu konzipieren. Das Einnehmen der Familienperspektive allein greift zu kurz und bleibt zu allgemein. Demnach ist auch die Wahlmöglichkeit nicht als ein Wählen zwischen den Bereichen in dem Sinn zu verstehen, dass das Tun des einen das Lassen des andern zur Folge hat. Wahl müsste im Sinne eines "Sowohl-Als-Auch" verstanden werden. Solche Modelle, die die Vereinbarkeitsfrage nicht als "Entweder-Oder", sondern als "Sowohl-Als-Auch" konzipieren, verdienen daher mehr Unterstützung. Dafür lässt sich auch ein empirischer Beleg beisteuern. Interessanterweise sind die Fertilitätsraten nicht in jenen Ländern höher, in denen politisch das Ernährer-Hausfrauen-Modell gefördert wird. Man hätte immerhin Grund zur Annahme, dass die klassische Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern den optimalen Rahmen für die Bereitschaft, Kinder in die Welt zu setzen, abgeben könnte, in dem sich eine Person voll und ganz für die Kinderbetreuung freistellt. Ein internationaler Vergleich der Frauenerwerbsraten und der Fertilitätsraten zeigt aber im Gegensatz dazu auf, dass die Ermöglichung, von Erwerbsarbeit für Mütter auch die Bereitschaft zur Familiengründung deutlich erhöht.⁴⁷ Hohe Erwerbsquoten von Müttern und große ideelle Zustimmung zur Erwerbstätigkeit von Müttern in einer Gesellschaft wirken sich demnach keineswegs negativ auf die Geburtenzahlen aus; im Gegenteil. Beide Lebensbereiche für beide Geschlechter, das ist die bevorzugteste Lebensform, die letztlich auch den Willen, Kinder in das eigene Lebenskonzept einzubauen, positiv befördert.

Daher ist abschließend auf einen notwendigen Zusatz zur Doppel-Verdiener-Familie hinzuweisen. Die Doppel-Verdiener-Familie braucht auch ein Fürsorge-Konzept, da das Doppel-Verdiener-Konzept die klassische weibliche Zuteilung der Fürsorgearbeit nicht aufgebrochen hat. Auslagerung an öffentliche Einrichtungen, Bezahlung privater Fürsorgearbeit und strenge Symmetrisierung dieser Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern stehen als Optionen im Raum. Ein Diskurs über sie (und ihre eventuelle Kombinationsmöglichkeiten) muss in die aktuelle Debatte eingespeist werden, um lange praktizierte Einseitigkeiten zu überwinden. Die Erweiterung des Verdiener-Aspektes um den Care- oder Fürsorgeaspekt und die produktive Zusammenschau beider Aspekte (institutionell geht es um das Dreieck Arbeit-Familie-Sozialstaat) stellen eine der dringendsten aktuellen Herausforderungen dar, an deren Gelingen sich auch die Zukunft moderner Gesellschaften überhaupt entscheiden wird.

7. Prof. F. X. Kaufmann in der Berliner Präsentation in der Katholischen Akademie:

(Tonbandabschrift)

"Was mir zweitens an diesem Modell, an dieser Herangehensweise von Herrn Ludwig gefällt im Vergleich zu vielen konkurrierenden Versuchen, dass das nun allgemein anerkannte Ungleichgewicht hinsichtlich der materiellen Ausstattung der Generationen, der Noch-nicht Erwerbstätigen und der Nicht-mehr-Erwerbstätigen, dass das Problem produktionsorientiert und nicht verteilungsorientiert gesehen wird. Eine ganz große Schwierigkeit und m. E. ein Fallstrick unserer sozialpolitischen Diskussion ist, dass wir Sozialpolitik nur noch als Verteilungspolitik sehen. Damit kommen wir laufend in Null-Summen-Spiele hinein. Verteilungspolitische Diskurse sind immer Null-Summen-Spiele, d. h. den einen wird weggenommen, was den anderen gegeben wird und umgekehrt, so dass man keine produktive Lösung eines solchen Konfliktes im strengen Sinn sehen kann. Es ist aber gar nicht wahr. Auch die heutige Sozialpolitik, zu der ich immer die Bildungspolitik hinzuzähle, (das hängt nur mit unserer Bund-Länder-Problematik in Deutschland zusammen, dass man die Bildungspolitik ausklammert, in den "social-services" der Angelsachsen ist sie selbstverständlich immer mit drin) auch die heutige Sozialpolitik hat hohe produktive Aspekte. Die ganze Arbeitszeitverkürzung von 16 auf 8 Stunden zwischen 1840 und 1920 war höchst produktiv, die hat sich also fast selbst finanziert, weil die Leute eben besser gearbeitet haben, wenn sie nicht mehr solange arbeiten mussten, um es etwas einfach zu sagen.

...Aber das sind alles sekundäre Sachen. Entscheidend ist für mich, und das finde ich sehr überzeugend, und das habe ich - offen gesagt - erst jetzt begriffen, nachdem ich auf der Zugfahrt von Bielefeld nach Berlin Ihren Aufsatz hinten gelesen habe. Das entscheidende Moment ist, dass das nicht als Transferzahlung ausgestaltet wird, sondern dass es als Internalisierung der Erziehungsarbeit in den Produktionszusammenhang ausgestaltet ist. Und das halte ich für das eigentlich Innovative und Spannende an der ganzen Sache, und jetzt unter dem Gesichtspunkt der Legitimation für die weitaus bestversprechendste Herangehensweise an die Sache, wenn wir den Fallstricken eines bloßen Verteilungskonfliktes entgehen wollen."

F.X. Kaufmann in FAZ vom 12.Juli 2004: In einem ganzseitigen Artikel mit der Überschrift "Gibt es einen Generationenvertrag?" fasst er zusammen, nachdem er sich mit den Konzepten von Wilfried Schreiber und Hans-Werner Sinn auseinandergesetzt hat: "Natürlich ist das allein noch keine taugliches Konzept, um Eltern und Kinder in Deutschland die notwendige Anerkennung und Erleichterung zu verschaffen. So unterstellen die Annahmen über die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit nur Familien mit ein oder zwei Kindern. Die Mutmaßung der Rürup-Kommission, dass Mütter mit drei und mehr Kindern drei Jahre nach der Geburt des letzten Kindes im Regelfall wieder eine Halbtagsstätigkeit annehmen könnten, ist unrealistisch. Es bedarf aber gerade auch der Förderung der kinderreichen Familien, damit es in Deutschland wieder nennenswert mehr Kinder

gibt. Nur ein familien- und sozialpolitisches Konzept, das die Wahlfreiheit der Eltern zwischen Erwerbstätigkeit und Familientätigkeit erhöht und die Erziehung von Kindern als volkswirtschaftliche Investition anerkennt, bietet die Aussicht, dem Konflikt der Generationen zu entkommen."

8. Frau Prof. Uta Meier, Giessen:

Dennoch möchte ich im folgenden einige grundsätzliche Einwände aus familiensoziologischer und frauenbezogener Sicht formulieren:

1. Das Modell birgt meines Erachtens die große Gefahr, ein weiteres Mal einen deutschen Sonderweg der Familienentwicklung zu beschreiten. Warum? Es wären vor allem Familien in armen und prekären Lebenslagen, die für ihre Kinder unter 15 Jahren ein monatliches Erziehungseinkommen in Höhe von 3800 DM in Anspruch nähmen. Für diese Familien brächte das in der Tat eine finanzielle Besserstellung gegenüber Sozialhilfe, deren Eckregelsätze seit Jahren 10 Prozent hinter der allgemeinen Preisentwicklung zurück liegen, gegenüber kindbezogenen Transfereinkommen und/oder geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen bzw. den erzielten Einkommen in schlecht bezahlten Frauenberufen. Es wäre gerade für diese Familienhaushalte möglicherweise sogar ein Anreiz, weitere Kinder in die Welt zu setzen. Dagegen ist prinzipiell sicher nichts einzuwenden. Nur: was gerade Familien mit einem geringen Bildungshintergrund brauchen, ist mehr als Geld, das in die betreffenden Haushalte fließt, um die heute schon evidenten Formen der intergenerationalen Weitergabe von Bildungsarmut aufzubrechen.

Nicht erst seit der PISA-Studie wissen wir um den gravierenden Einfluss der sozialen Herkunft auf Bildungswege und Lebenschancen von Kindern. Kinder aus armen und prekären Herkunftsverhältnissen benötigen professionelle Unterstützung und passgenaue Hilfsangebote vor Ort, angefangen von Maßnahmen der Frühförderung über qualifizierte hochwertige Kindertagesstätten bis hin zum Übergang Schule-Beruf. Wie wichtig diese familienbegleitenden und -unterstützenden Hilfen auch in Zukunft bleiben werden, verdeutlicht allein der bedenkliche Befund, dass seit Mitte der 1980er Jahre die Zahl der Kinder stetig zugenommen hat, deren Eltern keine berufliche Ausbildung abgeschlossen haben. Solche kompensatorischen Dienste im Umfeld von Familien sind dringend von Nöten anstatt mit einem gewaltigen gesellschaftspolitischen Kraftaufwand ein weiteres Mal auf ein "privatistische" Lösung der Kinderfrage zu setzen, die von der Prämisse ausgeht, dass Kinder am besten in der individuellen Kernfamilie groß werden sollen und Mütter (bzw. Väter) als permanent Anwesende per se die kompetentesten Erziehungspersonen sind.

"Privatistisch" nenne ich auch die Variante des Weidener Modells, eine familienfremde Person im eigenen Haushalt beschäftigen zu können. Ganz abgesehen einmal von den bekannten schwierigen Arbeitsverhältnissen und der schwachen Verhandlungsposition einer vereinzelter Arbeitnehmerin am Arbeitsplatz "Familienhaushalt", könnte diese Variante zumindest für einen Teil der akademisch gebildeten Mütter (und Väter) attraktiv sein, um selbst weiter berufstätig zu bleiben.

Zumindest zwei Barrieren sind hier jedoch zu erwarten:

a) ein Großteil der Frauen, die für solche Arbeitsplätze im Privathaushalt (Kinderfrau etc.) zur Verfügung stehen könnten, werden - wie unter Einwand 1 gezeigt - selbst Kinder im eigenen Familienhaushalt großziehen und aufgrund des erzielten Erziehungseinkommens dem Arbeitsmarkt gar nicht zur Verfügung stehen.

b) gerade AkademikerInnen haben bekanntlich hohe professionelle Ansprüche an die Betreuung, Erziehung und Bildung ihrer Kinder und zwar von Geburt an. Eine familienfremde Person, die in dieser Beschäftigung eine attraktive Alternative zum Niedriglohnssektor sähe, würde als Einzelperson diese Ansprüche kaum befriedigen können.

Stünde es den Eltern dagegen offen, das Erziehungseinkommen auch für die Inanspruchnahme außerhäusiger Betreuungs- und Bildungseinrichtungen zu nutzen, so könnte in der Tat ein erheblicher Schub zur Schaffung professioneller Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich erreicht werden, welche die elterliche Fürsorge- und Erziehungsarbeit sinnvoll und notwendig ergänzen würden. Dass diese Überlegung im Weidener Modell nicht einmal angedacht wird, spricht für meine These, dass es letztlich in der Traditionslinie bundesdeutscher Familienpolitik verhaftet bleibt und davon ausgeht, dass Kinder am besten rundum im privaten Familienkreis aufwachsen.

Angenommen, Bundesregierung, Tarifpartner und Bundesbank würden diesen Kraftakt zustande bringen, wäre die nach Veröffentlichung der PISA-Ergebnisse nun endlich in Gang gekommene öffentliche Diskussion über Qualitätsstandards von Betreuung, Bildung und Erziehung sofort unter Hinweis darauf beendet, dass Mütter (und Väter) doch nun wahrlich genug Geld hätten, um sich vollständig der Erziehung ihrer Kinder zu widmen und nun nicht auch noch erwarten können, zusätzliche kind- und familienbezogene Dienstleistungen zu empfangen.

2. Ein Erziehungseinkommen in Höhe von 3800 DM käme der Monetarisierung des Arbeitsplatzes "Kind" im Familienhaushalt gleich. Dadurch würde in den unteren Bildungsgruppen mit teils problematischen Schul- und Ausbildungserfahrungen ein beträchtlicher Demotivationsschub gegenüber dem Ziel ausgelöst, überhaupt eine abgeschlossene Schul- und Berufsausbildung für den Berufssektor zu erwerben. Im Angesicht der Perspektive, nach der Geburt eines Kindes bis zu dessen vollendeten 15. Lebensjahr ein monatliches Erziehungseinkommen in Höhe von zu erhalten, ist diese Einschätzung mehr als realistisch. Das würde jedoch letztlich auf eine Ausgrenzung dieser Bevölkerungsgruppen aus gesellschaftlichen Lebensbereichen jenseits der Familie hinauslaufen und wenig dazu beitragen, anregungsreiche Sozialisationsbedingungen gerade für die Kinder aus diesen Familien bereitzustellen (Stichwort: Bildungsarmut erzeugt Bildungsarmut).

Doch selbst für die Mütter (und Väter), die das Erziehungseinkommen erst nach Abschluss einer beruflichen Ausbildung und nach einigen Jahren Erwerbstätigkeit in Anspruch nähmen, wird die Problematik des beruflichen Wiedereinstiegs nach 10 bis 15 Jahren im Weidener Modell überhaupt nicht gestellt. Die Chancen zur Verwertbarkeit von Berufsqualifikationen nach einem derart langen Zeitraum wären bekanntlich denkbar schlecht. Wie sollen Familienhaushalte mit ihren heranwachsenden Kindern über 15 Jahre dann eigentlich finanziell zurecht kommen?

3. Das Weidener Modell beansprucht, einen wirksamen Beitrag zur Überwindung der geschlechtsspezifischen Zuweisungen von Fürsorge- und Erziehungsarbeit an Frauen und der ausserhäusigen Erwerbsarbeit an Männer zu sein. Es geht davon aus, dass es zu einem "Gerangel" um den Arbeitsplatz Kind zwischen Müttern und Vätern käme; eine These, die mehr als kühn ist. Seit Jahrzehnten sprechen alle Befunde gegen befriedigende Arrangements innerfamiliärer Arbeitsteilung, trotz steigender Erwerbsbeteiligung von Frauen und trotz verbaler Absichtserklärungen von Männern, bevor sie Väter werden. Es könnte im Gegenteil herkömmliche Geschlechterrollen verfestigen: Die Berufschancen von Frauen würden sich schon bei Berufseinstieg verschlechtern, weil Personalchefs antizipieren oder unterstellen könnten, dass Frauen ohnehin bald für mindestens 15 Jahre als verlässliche und qualifizierte Arbeitskräfte ausfallen.

a) Die vermeintliche "Wahlentscheidung", ob Mutter oder Vater die Erziehungsarbeit gegen ein Einkommen übernehmen, würde auf der Haushaltsebene auch bei Umsetzung des Weidener Modells allein schon aus haushaltsökonomischen Gründen eine Entscheidung sein, die den Ausstieg der Mutter nahe legt. Die heute schon vor der Geburt eines Kindes erheblichen geschlechtsspezifischen Lohn- und Gehaltsdifferenzen zuungunsten junger Frauen im Erwerbssektor, die im übrigen in keinem Land der Europäischen Union derart groß wie in Deutschland, würden sich auf diese Weise jedenfalls nicht wirksam verringern.

b) Vor allem aber vermag ich überhaupt nicht zu erkennen, wie Belange von Kindern und Eltern, Müttern und Vätern - über den direkten finanziellen Aspekt hinaus - in Lebensbereichen außerhalb der Familie in diesem Modell angemessen berücksichtigt werden sollen. Die fatale Alltagsvergessenheit männlicher Entscheidungsträger, welche die Aufgaben der Kindererziehung mit einem Erziehungseinkommen von 3800 DM brutto nur allzu gern den Müttern auch in Zukunft zuweisen werden, wird sich so nicht überwinden lassen. Das Weidener Modell schreibt somit letzten Endes herkömmliche Geschlechterrollen fest. Den verheißungsvollen Pfad zu mehr Geschlechter- und Generationengerechtigkeit sehe ich in dagegen in der Ausprägung von androgyner Kompetenz: Zukunftsfähige Gesellschaften brauchen materielle und zeitliche Bedingungen, die es jedem Gesellschaftsmitglied ermöglichen, sich entlang des Lebenslaufs ganz unterschiedlichen Aufgaben in Familie, Beruf, Nachbarschaft, in Politik und Öffentlichkeit zuzuwenden. Solche von Frauen schon heute vielfach gelebten Patchwork-Biographien sind in diesem Sinne als Zukunftsmodelle eines vielseitigen und verantwortlichen Erwachsenenendaseins für beide Geschlechter zu denken, die allerdings zur gesellschaftlichen Norm erhoben und gesellschafts- wie sozialpolitisch entsprechend zu unterstützen sind. Das wäre gleichbedeutend mit einem Zuwachs an Lebensqualität für den einzelnen, seine Familie und schließlich für die ganze Gesellschaft.

c) Schließlich bleibt das Weidener Modell insofern inkonsistent, als es lediglich die Frage der Erziehungsarbeit gegenüber Kindern thematisiert, nicht jedoch die Fürsorge- und Betreuungsarbeit gegenüber pflegebedürftigen Familienmitgliedern in das Modell einbindet. In einer alternden Gesellschaft stellen sich diese Aufgaben aber mit einer Dringlichkeit, die der Problematik einer gesellschaftlichen Verantwortung für die nachwachsende Generation durchaus ebenbürtig ist.

Presseberichte:

9. Der neue Tag, Weiden, 17. 11. 2002

Text zur Bildvorstellung Hans Ludwig und Sepp Hofmeister: Arbeitsforschung ist seit Jahrzehnten ihr Spezialgebiet. Jetzt stellen Hans Ludwig (links) und Josef Hofmeister das "Weidener Modell" vor. Ihre Theorie: Vollbeschäftigung ist mit Einführung eines Familieneinkommens möglich "Wunderwaffe" gegen Arbeitslosigkeit Das "Weidener Modell": Erziehungseinkommen für Familien ließe die Wirtschaft brummen.

Weiden. (kä) Die Idee klingt verblüffend einfach. Man gebe jeder Familie mit Kind ein Erziehungseinkommen von 2000 Euro und schaffe so 7,9 Millionen Arbeitsplätze. Schwupp: Die Zahl der Arbeitslosen geht rapide zurück. Die Wirtschaft brummt - dank gefüllter Geldbeutel bei den Familien. Nebenbei wird der Staatshaushalt saniert: keine Ausgaben mehr für Arbeitslosigkeit, mehr Steuereinnahmen.

Ja, geht denn das? Hans Ludwig, ehemaliger Direktor des KAB-Sozialinstituts Süddeutschland, und Josef Hofmeister, ehemaliger KAB-Verbandssekretär, glauben an ihre Theorie. "Weidener Modell" nennt sich das Konzept, das die Volkswirtschaft zur Vollbeschäftigung führen soll. Der Name erinnert an den KAB-Verbandstag 1987 in Weiden. Damals hatte der Verband mit der "Weidener Erklärung" die Grundlagen des Modells beschlossen.

Was lange währt, wird endlich gut: Das Bonner Zentrum für Angewandte Wirtschaftsforschung hat im Auftrag der Erwachsenenbildung ein Gutachten erstellt. Hans Ludwig kann nun in Buchform (Titel: Vollbeschäftigung ist möglich!" das Konzept einer breiten Öffentlichkeit vorstellen.

Simulation geglückt

Die Wirtschaftsforscher haben ganze Arbeit geleistet. Sie haben das Modell für die Jahre 1995 bis 1999 in einer "makroökonomischen Simulation" durchgespielt. So soll's funktionieren: Der Staat zahlt

jedem Familienhaushalt mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren ein Erziehungseinkommen von 2000 Euro brutto. Der Familie steht es frei, ob Vater oder Mutter zuhause bleiben und das Gehalt selbst in Anspruch nehmen. Die Familie kann auch eine familienfremde Person engagieren. Das Einkommen ist steuerpflichtig. Bei einer Abgabenlast von rund 40 Prozent blieben rund 1200 Euro netto.

-.-.-

10. Schwäbische Zeitung

Der stellvertretende Chefredakteur der Schwäbischen Zeitung, Stefan Bergmann, widmet dem Thema am 27. Oktober 2003 einen Leitartikel auf der zweiten Seite und holt von sich aus Stellungnahmen des Bundesfamilienministeriums und des ehemaligen grünen Bundestagsabgeordneten Oswald Metzger ein. Anlass war eine Vortragsreihe von Hans Ludwig mir in der Region:

"Thema heute: Modell für ein Erziehungseinkommen. Der Traum vom gerechten Elternlohn. Die Idee klingt zu schön, um wahr zu sein: Der Staat zahlt jeder Familie mit mindestens einem Kind ein Erziehungseinkommen von rund 2000 € - und schon ist die Arbeitslosigkeit so gut wie beseitigt, während zugleich die Wirtschaft brummt.

Hans Ludwig, 64, bis 1999 Leiter der Sozialinstitute der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) Süddeutschlands in München, ist dieser Tage mal wieder als Reisender in Sachen Familienpolitik unterwegs. Bei einer kleinen Tour durchs Allgäu hat er an mehreren Orten das von ihm mit ersonnene familienpolitische Modell vorgestellt, das zugleich Bewegung in den Arbeitsmarkt bringen soll. "Vollbeschäftigung ist möglich. Makroökonomische Simulation der Wirkungen eines zusätzlichen Erziehungseinkommens", so lautete der ebenso plakative wie etwas sperrige Titel des Buches, das Ludwig zusammen mit der Paderborner Theologie-Professorin Elisabeth Jünemann im vergangenen Jahr herausgegeben hat. Zugegeben - keine leichte Kost. Aber vor dem Hintergrund der Diskussion um die Massenarbeitslosigkeit, den drohenden Kollaps der Sozialsysteme und die gleichzeitig schrumpfende Bevölkerung ein eigenwilliger und bedenkenswerter Debattenbeitrag.

Kurz gesagt, soll das Modell so funktionieren: Jeder Haushalt, in dem mindestens ein Kind unter 15 Jahren aufwächst, erhält vom Staat ein monatliches Erziehungseinkommen von rund 2000 Euro brutto. Die Familie darf selbst entscheiden, ob dafür ein Elternteil zu Hause bleibt und das Gehalt in Anspruch nimmt oder ob eine Kinderbetreuung engagiert wird. Das Einkommen ist zu versteuern, und es müssen Sozialbeiträge dafür entrichtet werden. Rein rechnerisch würden so auf den Schlag 7,9 Millionen neue Arbeitsplätze in den Familien entstehen, glaubt Ludwig, rund drei Millionen Jobs kämen hinzu, weil durch das zusätzliche Familieneinkommen der Konsum beachtlich steige.

Der Clou: Der Staat hätte nach der Simulationsrechnung am Schluss kein Minus, sondern jährlich ein Plus in Höhe von rund 17 Milliarden Euro zu verzeichnen: durch zurückfließende Abgaben (rund 40 Prozent der anfangs aufgewandten Summe) und dadurch, dass etwa 50 Milliarden Euro weniger Kosten für Arbeitslosigkeit entstünden. Diese Zahlen seien kein Hirngespinnst, versichert Ludwig, sondern solide Daten, die aus einem Gutachten des Bonner "Zentrums für Angewandte Wirtschaftsforschung" (ZAW) hervorgehen. Das ZAW hat im Auftrag der KAB-Vordenker das Modell für die Jahre 1995 bis 1999 beispielhaft durchgerechnet.

Ähnlichkeit mit "Familiengeld". Der breiten Öffentlichkeit ist das Konzept, das in seinen Grundzügen bereits im Jahre 1987 durch die so genannte Weidener Erklärung der KAB umrissen wurde, noch nicht bekannt geworden. Die Idee aus den Reihen der CDU-nahen KAB ähnelt jedoch dem Ansatz, den die Union im Bundestagswahlkampf präsentiert hat. Zur Erinnerung: Mit Hilfe eines

"Familiengeldes" von 600 Euro pro Kind unter drei Jahren sollte sowohl die Erziehungsarbeit honoriert als auch die Bereitschaft junger Erwachsener, für Nachwuchs zu sorgen, gesteigert werden.

Abgesehen davon, dass die Union nicht dazu kam, ihren Vorschlag in der Regierungsverantwortung umzusetzen, war selbst unter Christdemokraten die Finanzierbarkeit dieses Programmpunktes umstritten. Hans Ludwig und seine Mitstreiter meinen, dass für ihren Ansatz solche Skepsis nicht angebracht ist. Für das Gelingen, so räumt Ludwig ein, gäbe es allerdings zwei wesentliche Voraussetzungen: Die Gewerkschaften müssten parallel zur Einführung des Modells für einige Jahre Lohnzurückhaltung üben, und die Unternehmer sollten trotz steigender Nachfrage die Preise für ihre Produkte vorerst stabil halten - beides Vorstöße, um die Inflation in Grenzen zu halten und leider nicht sehr Erfolg versprechend. Grund für diese Vorsichtsmaßnahmen: Das Geld, das den Familien zukommt, würde ja nicht in Form von Abgaben erhoben, sondern durch noch höhere Verschuldung des Staates ins volkswirtschaftliche System eingespeist.

Diese makroökonomische Perspektive des Modells ist sicher eine besonders schwierige Komponente: Zum einen ist die Bundesrepublik als Mitglied des europäischen Stabilitätspaktes heutzutage keineswegs frei, die Neuverschuldung nach eigenem Gutdünken zu steigern - besonders in der jetzigen Situation, in der Deutschland die vorgegebene Grenze des Staatsdefizits von drei Prozent längst überschreitet. Zum anderen ist es fraglich, wie die Familien mit dem ihnen zgedachten, zusätzlichen Euro-Segen haushalten würden: Ob er für Konsum ausgegeben und damit für neue Arbeitsplätze sorgen würde oder ob das Geld oft einfach im Sparstrumpf verschwinden würde, ist in wirtschaftlich unsicheren Zeiten, schwer vor auszusehen.

Wer den Ausführungen des Diplom-Ökonomen Hans Ludwig lauscht, sollte sich nicht nur auf die angenommenen volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Modells konzentrieren. Das politisch Bemerkenswerte dieses Vorschlages ist, dass ein Erziehungseinkommen tatsächlich eine Honorierung der Familienarbeit bedeuten würde. Egal, ob die Berechnungen stimmen oder nur für den unerfüllbaren Traum vom gerechten Elternlohn stehen - das Dilemma von Müttern und Vätern, die sich zu Hause der Kindererziehung widmen, bislang aber keinerlei finanzielle und gesellschaftliche Anerkennung erfahren, wurde noch nie so ernst ge(nommen)"

11. Saarbrücker Zeitung, 27. 03. 2003:

Wie die Erziehung zu einer normalen Arbeit werden kann. Fachtagung: Familienarbeit könnte einen Beschäftigungsschub auslösen - "Weidener Modell" erlebt eine neue Blüte

Saarbrücken (mpr). Mit dem Namen des Mettlacher Sozialökonom Hans Ludwig ist das "Weidener Modell" verbunden, eine 1987 von der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Süddeutschlands vorgelegte Reformstrategie zur Beschäftigungspolitik. Der grundlegende Gedanke besteht darin, dass durch die Zahlung eines Erziehungs-Einkommens positive Beschäftigungswirkungen hervorgerufen werden können. Um den Eltern den Wunsch nach normaler Erwerbsarbeit zu ermöglichen, soll jedem Familienhaushalt mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren angeboten werden, einen gleichwertigen Arbeitsplatz einzurichten und über staatliche Transferleistungen zu bezahlen.

Um die Diskussion methodisch besser abzusichern, ließ die Katholische Erwachsenenbildung im Kreis Saarlouis die Vorschläge untersuchen. Professor Manfred Kiy und Professor Reiner Clement vom Zentrum für angewandte Wirtschaftsforschung (ZAW) in Bonn kamen dabei zu dem Schluss, dass die Zahlung eines zusätzlichen Erziehungs-Einkommens wesentlich zur Entschärfung des Beschäftigungsproblems beitragen könnte. Vorausgesetzt wurden 7,9 Millionen anspruchsberechtigte Haushalte und ein Erziehungs-Einkommen von monatlich rund 1900 Euro brutto.

Mit dem Thema "Familie schafft Arbeit - Vollbeschäftigung durch Familieneinkommen" befasst sich eine Fachtagung der Katholischen Erwachsenenbildung im Kreis Saarlouis am heutigen Freitag, 15 Uhr, im Haus der Union Stiftung in Saarbrücken. Teilnehmer sind Professor Elisabeth Jünemann (Paderborn), Professor Manfred Kiy (Köln) und Professor Uta Meier (Gießen). Mit im Podium diskutieren Staatssekretär Josef Hecken (Saar-Sozialministerium), Antje Schumacher (Gewerkschaft Verdi) und Professor Reiner Clement (St. Augustin). Moderator ist der Leiter der "SZ"-Wirtschaftsredaktion Joachim Penner.

12. Saarbrücker Zeitung, 01.04.2003,

Bessere Chancen für Familien, Union-Stiftung stellt Erziehungseinkommen auf den Prüfstand.

Saarbrücken (mpr). Wachstum und Vollbeschäftigung, mehr Geld für Familien mit Kindern und bessere Chancen auf eine gleichwertige Entwicklung von Frauen und Männern im Beruf verspricht das Modell eines Erziehungseinkommens, mit dem die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) den Staat sozialer und gerechter gestalten will. In einer Fachtagung hatte die Union Stiftung den Vorschlag auf den Prüfstand gestellt. Fazit: Für die Einführung des Erziehungseinkommens wären Berge zu versetzen.

Die Summe, die eine Bundesregierung in die Hand nehmen müsste, beträgt 288 Milliarden Euro, also rund die Hälfte des Bundeshaushalts. Zur Umsetzung wäre eine politische Grundsatzentscheidung nötig und ein Stabilitätspakt auf nationaler wie europäischer Ebene. Josef Hecken, Staatssekretär im Sozialministerium: "Das Erziehungseinkommen ist familienpolitisch ein Top-Modell, aber ich sehe zurzeit keinen gesellschaftspolitischen Konsens dafür", sagte er. "Wir leben nicht über unsere Verhältnisse, sondern unter unseren Möglichkeiten", erklärte Hans Ludwig, Sozialökonom und geistiger Vater des "Weidener Modells" der KAB. Durch Zahlung eines Erziehungseinkommens könnten starke Wachstumseffekte geschaffen und Vollbeschäftigung erreicht werden.

"Familienarbeit ist finanzierbar, wenn Gesellschaft und Politik das wollen", betont Professor Manfred Kiy, Mitautor einer Machbarkeitsstudie im Auftrag der Katholischen Erwachsenenbildung im Kreis Saarlouis. Er prognostizierte eine erhebliche Steigerung des Brutto-Inlandsproduktes, eine deutliche Absenkung der Arbeitslosigkeit, weniger Defizit und Staatsverschuldung. Kritik an der Ausrichtung übte Familiensoziologin Professor Uta Meier. Familien mit geringem Bildungsniveau brauchten nicht nur Geld: "Wir sollten uns lieber fragen, wie für eine hochwertige Kinderbetreuung gesorgt werden kann."

Verdi-Vertreterin Antje Schumacher forderte, mehr für "außerhäusliche Ausweitung der Kinderbetreuung inklusive Bildungsauftrag" zu tun. Zum Erziehungseinkommen schlägt die KAB vor: Um Eltern den Wunsch nach außerhäuslicher Erwerbsarbeit zu ermöglichen, soll jedem Familienhaushalt mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren angeboten werden, einen gleichwertigen Arbeitsplatz einzurichten und (mittels staatlicher Transferleistungen) zu bezahlen. Der sozialabgaben- und einkommenssteuerpflichtige Job soll auch von einer familienfremden Person besetzt werden können. Im Einzelfall soll durch Erziehungseinkommen - das Modell geht von 1900 Euro brutto aus- nicht mehr als ein Vollzeitarbeitsplatz besetzt werden dürfen.

13. Honnefer Volkszeitung.

Dipl.-Volkswirt Hans Ludwig referierte im Katholisch-Sozialen Institut - Vollbeschäftigung ist möglich (auch Bildunterschrift mit Zusatz: Das jedenfalls glaubt Volkswirt Hans Ludwig, der auf Einladung der CDA referierte).

(ks) - Das "soziale Gewissen" der CDU, die Organisation der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) hatte in Bad Honnef immer einen soliden Stützpunkt. Diesen wieder zu

stärken und zu reaktivieren sei ihm ein wichtiges Anliegen am Ort, erklärte Werner Osterbrink jetzt vor einer Reihe von Parteifreunden im Katholisch-Sozialen Institut. Der Alt-Bürgermeister hatte in seiner politischen Funktion zu einer Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft für Gesellschaftspolitische Bildung, der CDA und des CDU-Stadtverbandes Bad Honnef eingeladen. Es referierte dabei Diplom-Volkswirt Hans Ludwig, langjähriger Leiter der Sozialinstitute der süddeutschen Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) über das Thema "Vollbeschäftigung ist möglich".

Diese These ist auch der Titel eines Gutachtens in Buchform, das der Wissenschaftler in Zusammenarbeit mit der katholischen Dipl.-Theologin Elisabeth Jünemann für das Oswald von Nell-Breuning-Haus der Erwachsenenbildung erarbeitet hat. Die Studie trägt den anschaulichen Untertitel "Makroökonomische Simulation der Wirkungen eines zusätzlichen Erziehungseinkommens".

Es geht hier um den Teilbereich einer widerspruchsfreien Sozialreformstrategie, die hinführen soll zu Vollbeschäftigung für Männer und Frauen, zur Beseitigung von Armut in Familien mit Kindern, der Konsolidierung öffentlicher Haushalte und sozialen Sicherungssysteme sowie der Überwindung geschlechtsspezifischer Sicherungssysteme. Die wissenschaftliche Arbeit fasst 20 Jahre öffentlicher Diskussion in Kirche, Wissenschaft, Politik, Kreisen der Arbeitnehmer wie Arbeitgeber zusammen. Mit fundierten Analysen empfiehlt sie der Politik Denk- und Entscheidungsrichtungen für die Gesetzgebungsarbeit und geht in diesen Tagen unter anderen den Bundestagsabgeordneten zu.

An Hand von Statistiken wies Hans Ludwig die schwerwiegenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft nach mit der Veränderung der Stellung von Arbeit, Produktion und Dienstleistung. Dies wirke sich geradezu revolutionär in der Bildung aus. Diese "Investition in den Menschen" müsse mit dem Ziel einer neuen Bildungsökonomie neu durchdacht werden.

Die Teilnehmer beteiligten sich lebhaft an der Diskussion der aufgeworfenen Fragen und dankten dem Referenten, der einst seine Karriere mit einer Ausbildung im KSI begann, für seine profunden Ausführungen.

Politiker:

14. Der Hessische Ministerpräsident Roland Koch am 13. Januar 2003 an Frau Jutta A. Miller, Landesvorsitzende des Verbandes der Familienfrauen und -männer Hessen: "Das Weidener Modell ergänzt um die Berechnungen des Zentrums für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V., Bonn, werde ich als einen Beitrag, der die gesellschaftlichen und politischen Bestrebungen um eine stärkere Berücksichtigung der Kinderziehungsleistungen bereichert. Es unterstützt damit die von der hessischen Landesregierung angestoßene Diskussion um den "Wiesbadener Entwurf" einer familienpolitischen Strukturreform unseres Sozialstaates und stellt einen weiteren Baustein für unsere konzeptionellen Überlegungen zur Reform der Sozialsysteme dar. Gerade in der echten Wahlfreiheit für die Eltern im Sinne einer Subjektförderung sehe ich einen bedenkenswerten Aspekt des Modells.

In Anbetracht der außerordentlich angespannten Lage der öffentlichen Haushalte würde ich allerdings einer Umsetzung des Modells, das in der Anfangsphase explizit eine höhere Staatsverschuldung vorsieht, in der gegenwärtigen Situation eher skeptisch gegenüber stehen.

Ich werde mich im Zuge der Bestrebungen um eine Reform unserer Sozialsysteme, die notwendigerweise auch das Thema Familie mit einschließt, dafür einsetzen, dass auch das Weidener Modell bei den weiteren Diskussionen Berücksichtigung findet."

15. Staatskanzlei Rheinland-Pfalz in einem Schreiben vom 07.10.2002:

"im Auftrag von Ministerpräsident Kurt Beck danke ich Ihnen für Ihren Brief als Reaktion auf das Gespräch mit dem Ministerpräsidenten aus Anlass des Kongresses "Demographie und Wohlstand" sowie das beigegefügte Buch "Vollbeschäftigung ist möglich!" Zugleich bitte ich um Entschuldigung dafür, dass Ihnen erst heute eine Nachricht zugeht. Im politischen Alltagsgeschäft ist es oft schwierig, eine komplexere Angelegenheit zügig zu bearbeiten, zumal in den letzten Wochen - sicherlich verständlicherweise - vielfältige kurzfristige Aufgaben zu erledigen waren.

Nach einer intensiven Beschäftigung mit Ihrem Buch komme ich leider auch zu dem Schluss, dass wir Ihren Wunsch - eine Mitteilung, ob beziehungsweise wo Sie sich gegebenenfalls irren - mit unseren Kapazitäten nicht erfüllen können. Eine detaillierte Analyse käme einer eigenen wissenschaftlichen Arbeit gleich und ist von der Staatskanzlei leider nicht zu leisten. Damit die Grundgedanken Ihres Modells auch in die politische Alltagsarbeit einfließen kann, halte ich den von Ihnen gewählten Weg, das Buch allen Bundestagsabgeordneten zukommen zu lassen, für richtig. Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag gez. Klaus Peter Lohest"

16. Oswald Metzger auf Anfrage der Schwäbischen Zeitung am 27. 10. 2004: Offene Kritik meldet der ehemalige grüne Bundestagsabgeordnete und Finanzfachmann Oswald Metzger an: Er hält den Ansatz, durch Neuverschuldung zusätzliches Wachstum zu schaffen, für eine "Milchmädchenrechnung". Erstens bedeuteten neue Schulden auf Grund von Zinsen und Zinseszinsen immer eine höhere Steuerlast für nachfolgende Generationen. Und zweitens sei völlig ungesichert, ob durch mehr Geld in den Familien tatsächlich neuer Konsum entstehe. Vor allem neige eine offene Gesellschaft wie die deutsche dazu, das Geld eher auf Reisen im Ausland auszugeben, als es in den Inlandskonsum zu stecken. Ein weiterer Kritikpunkt aus Metzgers Sicht: Wenn künftig das Erziehen von Kindern mit einem relativ guten Einkommen entlohnt werde, sei zu befürchten, dass kaum noch jemand für gering qualifizierte Arbeiten im Niedriglohnssektor zur Verfügung stehe.

Metzger hält mehr davon, die Situation von Familien durch höhere Anrechnung von Erziehungszeiten zu verbessern, und so deutlich zu machen, welchen Stellenwert die Erziehung künftiger Rentenzahler habe. Außerdem müssten die Aufwendungen für Kinderbetreuung von der Steuer absetzbar sein und bundesweit zusätzliche Betreuungsangebote geschaffen werden." (bgm)

17. Bundesfamilienministerium

auf Anfrage der Schwäbischen Zeitung: Im Berliner Familienministerium kann man dem Modell "Erziehungseinkommen" nichts abgewinnen. Es sei bekannt, aktuellen Diskussionsbedarf darüber gebe es aber nicht, wie eine Sprecherin auf Nachfrage erklärte. Die Bundesregierung habe in den vergangenen Jahren die direkten Zuwendungen an die Familien durch dreimalige Kindergelderhöhung deutlich gesteigert. Erklärtes Ziel dieser Legislaturperiode sei es nun, Defizite der Infrastruktur zu beseitigen. Investiert werde daher vor allem in mehr Kinderkrippen und -horte, sowie Ganztagsbetreuung an Schulen".

Autoren zur Problematik ohne direkten Bezug zum Weidener Modell:

18. Prof. Dr. André Habisch, Problem Familie oder Problemfamilie? in Schriftenreihe des Diözesan-Caritasverbandes Köln, Heft 49

...Trotz nicht unerheblicher sozialpolitischer Bemühungen hat also die bisherige Familienpolitik die Lage von Familien in unserer Gesellschaft nicht durchgreifend verbessern können. Nun tauchen radikalere Vorschläge auf. Der sächsische Sozialminister Hans Geisler hat im letzten Jahr den Vorschlag zu einem Erziehungsgehalt gemacht, der in ähnlicher Form auch von dem den GRÜNEN nahestehenden Sozialwissenschaftler Opielka formuliert worden ist. Das Heidelberger Büro für Familienfragen hat ihn breit an die Öffentlichkeit getragen. Ein Erziehungsgehalt würde auf die Zahlung marktüblicher Löhne (800 - 1000 DM) an nicht berufstätige Eltern hinauslaufen.

Ziel dieser Vorschläge ist das berechnete und wichtige „Anliegen, der breit dokumentierten finanziellen Benachteiligung von Familien wirksam abzuwehren. Zugleich soll die Wertschätzung der Gesellschaft für die Erziehungs- und Familienarbeit, dies sich sehr stark auch über finanzielle Abwicklung vermittelt, Ausdruck gegeben werden. Doch ob das vorgeschlagene Erziehungsgehalt dafür die richtige Maßnahme ist, das bleibt doch fraglich. Abgesehen von den finanziellen Transfervolumen, das dazu bewegt werden müssten (vorsichtige Schätzungen der Autoren selbst gehen von 30-50 Mrd. aus: „Eine derartige Summe ist auch von der neuen Bundesregierung in Sachen Familienpolitik kaum zu erwarten) ist an einem solchen Vorschlag manche Folgewirkung fragwürdig. So werden auf die Dauer berufstätige Elternteile (in der Regel meist die Frauen) aus dem Arbeitsmarkt "herausgelockt", haben aber später bei Auslaufen der Zahlungen durch den Qualifikationsverlust kaum noch Chancen auf eine Wiederbeschäftigung. Werden aber Zahlungen unabhängig von einer Berufstätigkeit geleistet, so wird ein anderes Problem relevant: Ein Erziehungsgehalt müsste zwangsläufig ohne jene Leistungs- und Erfolgskontrollen gezahlt werden, die traditionell mit Lohnzahlungen verbunden sind. Damit droht die Gefahr, dass mehr Kinder geboren werden als verantwortet angenommen werden könnten. Wenn einem alleinerziehenden Elternteil aus dem unteren Einkommenssegment DM 1000 pro Monat und Kind gezahlt werden, dann ist dadurch ein sehr viel höheres Einkommen erzielbar als am Arbeitsmarkt. Eine ausschließlich an der Geburtenzahl ansetzende Familienförderung kann dann für die Lebenssituation der Kinder Folgewirkungen zeigen, die der eigentlichen Steuerungswirkungen entgegenlaufen. Dies wäre gegen die erwünschte und positive Wirkung der Entlastung vieler Familien im unteren und mittleren Einkommenssegment gegenzurechnen.

Vieles spricht dafür, dass die Parole 'viel hilft viel' in Sachen Familienlastenausgleich nicht wirklich weiterführt. Zweifellos ist eine spürbare finanzielle Entlastung der Familien dringend notwendig. Doch Maßnahmen des Familienlastenausgleichs sind traditionellerweise sehr teuer und damit politisch schwer durchzusetzen. Wer etwa vom Regierungswechsel hier wirklich spürbare neue Impulse erwartet hat, ist schnell enttäuscht worden. Das Problem liegt tiefer: Es zieht sich quer durch alle Institutionen unserer Gesellschaftsordnung. Beispiel Steuerrecht: Besonders ungerecht ist es etwa, dass Mittel zum Unterhalt der Kinder voll der Einkommenssteuer unterliegen. Das Diktum des deutschen Ökonomen des 19. Jahrhunderts, Friedrich List bleibt hier ganz aktuell: "Wer auf Schweine aufpasst, gilt als produktives Mitglied unserer Gesellschaft, wer auf Kinder aufpasst, nicht". Diese Betrachtungsweise prägt nicht nur die öffentliche Wahrnehmung etwa in Sachen Haus- und Familienarbeit, sondern eben auch unser Steuerrecht. Darauf hat jüngst eine Familie aus Ostberlin hingewiesen, die zur Erziehung ihrer vierjährigen Tochter ein Gewerbe angemeldet hat und damit die Erziehungskosten als Betriebsausgabe von der Steuer abzusetzen sucht. Zwar widerspricht das Finanzamt mit dem Hinweis, hier fehle es an der Gewinnerzielungsabsicht. Doch das Beispiel der Familie macht die Inkonsequenz unseres Systems mehr als deutlich, dass die Aufwendungen für Kinder zur Privatsache erklärt, aber die Erträge - in Form gut ausgebildeter Arbeitskräfte und Beitragszahler - nur zu gern sozialisiert....

Stand: 30. November 2004